



## AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

wie umstehend

2428

28. FEB. 1985

Betreff

wie umstehend

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung  
Landhaus  
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung  
Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung  
Herrengasse 9  
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung  
Klosterstraße 7  
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Hofgasse  
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung  
Maria-Theresien-Straße 43  
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung  
Lichtenfelsgasse 2  
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Nö. Landesregierung  
Schenkenstraße 4  
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Datum: - 4. MRZ. 1985

Verteilt d. 6. MRZ. 1985

*Dr. Hasselbauer*

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:

Dr. Edelmayer

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:*Edelmayer*

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das  
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8  
1010 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

O/1-169/86-1985

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

2428/Dr. Hammertinger 28.2.1985

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Zollgesetz  
1955 geändert wird; Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. Z-200/31-III/2/84

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf  
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

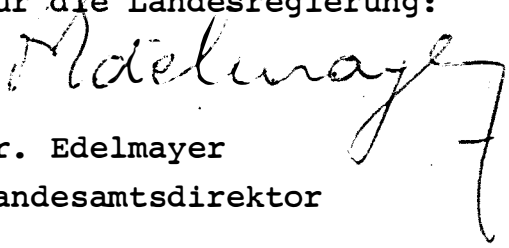
Da von dem neu geschaffenen § 31 Abs. 2, wonach in Hinkunft Sammlungen, Lehranstalten, Forschungseinrichtungen sowie Krankenanstalten die unter § 31 lit. a, d, e und f fallenden Waren nicht mehr ohne Belastung mit Einfuhrumsatzsteuer beziehen können, Landesfinanzinteressen in ganz erheblichem Umfang nachteilig betroffen werden, kann dem Vorhaben seitens des Amtes der Salzburger Landesregierung nicht zugestimmt werden.

Es ist zwar ohne Zweifel der Auffassung des Bundes dahingehend zu folgen, daß eine die inländischen Erwerbszweige benachteiligende Wettbewerbsverzerrung eintritt, wenn Einfuhrumsatzsteuerbefreiungen für Waren gewährt werden, deren Ankauf im Inland beim Erzeuger oder Händler mit Umsatzsteuer belastet ist. Dieser Mißstand ließe sich aber auch dadurch vermeiden, daß für den Ankauf besagter Waren im Inland eine Umsatzsteuerrückvergütung eingeführt wird.

- 2 -

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das  
Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8  
1010 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

O/1-169/86-1985

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

2428/Dr. Hammertinger 28.2.1985

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Zollgesetz  
1955 geändert wird; Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. Z-200/31-III/2/84

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf  
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

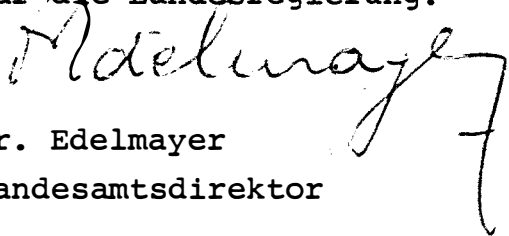
Da von dem neu geschaffenen § 31 Abs. 2, wonach in Hinkunft Sammlungen, Lehranstalten, Forschungseinrichtungen sowie Krankenanstalten die unter § 31 lit. a, d, e und f fallenden Waren nicht mehr ohne Belastung mit Einfuhrumsatzsteuer beziehen können, Landesfinanzinteressen in ganz erheblichem Umfang nachteilig betroffen werden, kann dem Vorhaben seitens des Amtes der Salzburger Landesregierung nicht zugestimmt werden.

Es ist zwar ohne Zweifel der Auffassung des Bundes dahingehend zu folgen, daß eine die inländischen Erwerbszweige benachteiligende Wettbewerbsverzerrung eintritt, wenn Einfuhrumsatzsteuerbefreiungen für Waren gewährt werden, deren Ankauf im Inland beim Erzeuger oder Händler mit Umsatzsteuer belastet ist. Dieser Mißstand ließe sich aber auch dadurch vermeiden, daß für den Ankauf besagter Waren im Inland eine Umsatzsteuerrückvergütung eingeführt wird.

- 2 -

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor